



**Pet 1-19-12-9601-036630**

28239 Bremen

Verkehrsflughäfen  
und Landeplätze

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 24.06.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,

- weil dem Anliegen überwiegend nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, dass an allen Verkehrsflughäfen und Sonderflughäfen spätestens nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren Flugzeuge auf dem Vorfeld und den Rollbahnen nur noch mit Flugzeugschleppern bewegt werden dürfen.

Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen dem Petitionsausschuss 52 Mitzeichnungen und 27 Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Gesichtspunkte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen vorgetragen, dass der Einsatz von Flugzeugschleppern eine im Vergleich zum Eigenantrieb der Flugzeuge sehr effiziente und klimaschonende Transportmethode biete.

Gegenwärtig werde beim Bewegen der Flugzeuge zwischen Park- und Startposition zu stark auf deren eigenen Antrieb gesetzt. Gerade beim sogenannten Pushback, unter dem das langsame Rollen mit ständigem Abbremsen zu verstehen sei, sowie beim Anhalten und Beschleunigen verbrauche das Flugzeug viel Treibstoff. Dies belaste die Umwelt



gerade deshalb unnötig, weil inzwischen ein großes Angebot an Flugzeugschleppern bestehe, mit Hilfe derer platzsparend und beschädigungsfrei rangiert werden könne.

Wenn teilweise eingewandt werde, das Anschaffen der Flugzeugschlepper sei mit hohen, gerade für kleinere Flughäfen belastenden Investitionskosten verbunden und führe zu einer Steigerung der Flughafengebühren, sei dies nicht überzeugend. Werde eine flächendeckende Verpflichtung zum Einsatz von Flugzeugschleppern geschaffen, könnten Fluggesellschaften die Flughäfen jedenfalls hinsichtlich der Gebühren nicht „gegeneinander ausspielen“. Im Übrigen gebe es zahlreiche Betriebe, die durch den verstärkten Bau von Flugzeugschleppern wirtschaftlich profitieren könnten. Insoweit könne eine Pflicht zum Einsatz von Flugzeugschleppern diesem Wirtschaftszweig kurzfristig helfen, während die Flughäfen sich auf eine langfristig wieder stabile Nachfrage verlassen könnten.

Insgesamt solle im Lichte der erforderlichen Klimaschutzanstrengungen die Pflicht zum Einsatz von Flugzeugschleppern nicht weiter aufgeschoben, sondern jetzt angestoßen werden.

Bezüglich weiterer Einzelheiten wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) – Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss begrüßt das mit der Petition zum Ausdruck kommende Bestreben, die gegenwärtigen Maßnahmen zum Klimaschutz um einen weiteren Baustein zu ergänzen.

Auch seitens der Flugplatzbetreiber und Fluggesellschaften besteht ein großes Interesse daran, lärmreduzierende, treibstoffsparende und damit kostensparende Maßnahmen umzusetzen. So gibt es bereits Projekte, die sich mit der im Rahmen der vorliegenden Petition beschriebenen Idee beschäftigen, bodengebundene Bewegungen von Flugzeugen auf Flughäfen mit Flugzeugschleppern durchzuführen. Beispielsweise hat das BMVI eine



Initiative zur Erprobung von elektromotorisiert betriebenen Flugzeugschleppern am Flughafen Frankfurt gefördert (nähere Informationen hierzu finden sich unter: <http://www.e-port-an.de/aktuelles.html>; <http://www.e-port-an.de/projekt/die-neuen-e-fahrzeuge/eschlepper.html>). Nach Kenntnis des BMVI haben sich bisher allerdings keine Verfahren und keine Technik am Markt durchgesetzt.

Insoweit merkt der Ausschuss an, dass der mit dem Vorhaben eines umfassenden Einsatzes von Schleppern verbundene Aufwand durch die komplexen Zusammenhänge zwischen Flugplatzinfrastruktur, Flughafenbetrieb und Flugbetrieb sowie weiteren davon betroffenen Bereichen immens ist. Zudem könnte ein nationaler Alleingang in dem international vernetzten Umfeld der Luftfahrt nur begrenzt zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beitragen.

Vor diesem Hintergrund erscheint – wobei das Ziel der Petition, die Energieeffizienz im Transportwesen zu erhöhen, auch seitens der Bundesregierung mit hoher Priorität verfolgt wird – eine regulative Verpflichtung nicht zielführend.

Zusammenfassend gelangt der Ausschuss daher zu dem Ergebnis, dass dem Anliegen der Petition bereits insoweit Rechnung getragen wird, als dass pilotmäßig Methoden zur Optimierung des Bodenverkehrs an Flughäfen untersucht werden. Dabei sollen insbesondere möglichst klimaschonende Optionen erarbeitet werden. Weil aus den erwähnten Gründen eine regulative Verpflichtung jedoch rechtlich nicht angezeigt ist, vermag der Ausschuss insoweit keinen parlamentarischen Handlungsbedarf zu erkennen. Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen überwiegend nicht entsprochen werden konnte.